Sachdokumentation:

Signatur: DS 2691

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2691



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Bewegungen gegen «die alte Ordnung»

Destabilisierung

von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Arabischer Frühling, Rosen-, Tulpen- oder orangene Revolution, Refugees Welcome, Fridays for Future und jetzt Black lives matter. Fragen Sie sich auch, wie um alles in der Welt es möglich ist, dass alle paar Monate eine neue Massenbewegung aus dem Boden gestampft wird, die es in rekordverdächtigem Tempo ins Scheinwerferlicht sämtlicher Massenmedien schafft?

Man muss kein wahnsinniges Genie sein, um zu erkennen, dass dahinter horrende Finanzströme, ausgeklügelte Marketing-Strategien und überwältigende Organisationsmacht stecken müssen. Die wichtige Frage ist nur: Was bezwecken all diese Modeströmungen, deren Parolen sich stets aufs Neue Millionen sich für gebildet haltende Weltverbesserer und «Erdenbürger» anschliessen? Was haben sie gemeinsam und wie wirken sie sich auf die Gesellschaften in den Industriestaaten aus?

Auf die Richtigen hören

Um uns diesen Fragen rein faktenbasiert zu nähern, lohnt es sich, auf Insider wie Hans-Georg Maassen zu hören. Bis er aus politischen Gründen von Merkel geschasst wurde, leitete Maassen über viele Jahre das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz. Der CDU-Mann fiel im September 2018 in Ungnade, weil er der politisch opportunen Theorie, in Chemnitz sei es nach einem «migrationshintergründigen» Mord an einem Deutschen zu «rechtsextremen Hetzjagden» gekommen, widersprach. Ihm legte man auch zur Last, dass er sich weigerte, den Verfassungsschutz für den Schmuddel-Kampf gegen die AfD instrumentalisieren zu lassen. Sein Nachfolger ist da im Übrigen um einiges systemkonformer: Kaum war Maassen weg, begannen die mit Getöse inszenierten, staatlich beglaubigten Rechtsextremismus-Vorwürfe gegen die bedrohlich – weil erfolgreich – gewordene, rechte Konkurrenzpartei.

Seit Maassen, der stabile Hüter von Recht und Ordnung, der von Amtes wegen über ein gewaltiges Hintergrundwissen zu staatsgefährdenden Elementen verfügt, deswegen in die Wüste geschickt wurde, betätigt er sich öffentlich als mahnende Stimme der Vernunft. Immer wieder wagt er den Widerspruch zu gepushten Mehrheitsmeinungen über den Sinn von Masseneinwanderung und die wahren Gefahren für die staatliche Ordnung. Er selber bezeichnet sich als «Dissident» und «politischer Aktivist», der sich in der konservativen CDU-Gruppierung «Werteunion» zuhause fühlt.

Gegen die staatliche Ordnung

In einem Video-Talk mit dem Medium «Tichys Einblick» redet Hans-Georg Maassen nun Klartext. Black lives matter-Demonstrationen seien auch in Deutschland von gewaltbereiten Linksextremisten unterwandert worden. Die von diesen Kreisen ausgehenden konzertierten Angriffe auf Polizei und Bundeswehr würden den Zweck verfolgen, die Sicherheitsbehörden und den Staat zu destabilisieren. Sorgen bereiten Maasen die ständig geschürte Vertrauensschädigung gegenüber der Polizei als Symbol des Staates und sogenannte Anti-Diskriminierungs-Gesetze, die nun in mehreren Bundesländern lanciert würden. Diese würden bewirken, dass künftig schwerpunktmässig «nur noch Einheimische kontrolliert werden». Jedes Mitglied einer Minderheit könnte demnach sofort den Vorwurf der Diskriminierung erheben und den Polizisten schaden.

Maassen benennt es richtig: Es geht bei allen von linker und internationalistischer Seite getragenen Bewegungen darum, gewachsene und bestehende – meist bewährte – gesellschaftliche Verhältnisse umzupflügen, Misstrauen zu säen und Chaos zu schüren. Und in der Tat: Die jüngsten bürgerkriegsähnlichen Ereignisse in Stuttgart, als junge Männer, vorwiegend arabische Migranten, einen ganzen Stadtteil mit sinnloser Gewalt verwüsteten, zeigten, auf welch verheerende Weise die gängige politische Doktrin den deutschen Staat bereits destabilisiert hat. Statt die Täter faktengemäss zu benennen, flüchteten sich politisch gehorsame Polizei- und Politfunktionäre in taktische Flunkerei: Die Täter hätten der örtlichen «Partyszene» entstammt, was natürlich rasch als vollkommener, jede durchschnittliche Intelligenz beleidigender Blödsinn entlarvt wurde.

Destruktiv und totalitär

Was Hans-Georg Maassen für Deutschland skizziert, trifft dabei auf die meisten westlichen Industriestaaten zu – auch auf die Schweiz. Allerorts ist Destabilisierung der Klammerbegriff allen kulturmarxistischen Tuns, das sich hinter gezielt aufgebauten Gruppierungen wie Black lives matter verbirgt. Solche Bewegungen betten sich in schöne Gewänder und werfen mit wohlklingenden Botschaften um sich. Dahinter steckt jedoch eine Agenda, die durch und durch totalitär und destruktiv wirkt, statt Verbesserungen im konstruktiv-positiven Sinne anzustossen. Oder was hilft es den Minderheiten konkret, wenn wir ein traditionelles Süssgebäck nicht mehr Mohrenkopf oder ein feines Stück Fleisch nicht mehr Zigeunerschnitzel nennen dürfen? Haben wir nur einem einzigen Dunkelhäutigen eine bessere Perspektive ermöglicht, wenn wir uns in gebücktem Gang die beispiellos erfolgreiche europäische Geschichte schlecht reden lassen und Denkmäler von Persönlichkeiten niederreissen, die aus heutiger Sicht nicht mehr dem gängigen Ideal entsprechen?

Selbstverständlich nicht. Alle erzwungenen Bücklinge vor dem Zeitgeist sind nichts weiter als Symbolpolitik. Etappensiege in einem langen Marsch gegen «die alte Ordnung». Jede Distanzierung und jedes Einknicken nur ein Meilenstein in einem fanatischen Kulturkrieg, dem sich militante Linke und ein darum herum entstandenes Mitläufertum verschrieben haben.

Schubladisierung

Natürlich sind nun längst nicht alle, die mit Fridays for Future für die «Klimarettung» demonstrieren oder mit Black lives matter für Gleichberechtigung kämpfen wollen, verkappte Gesellschafts-Destabilisierer mit bösen Absichten. Ganz und gar nicht. Die vertretenen Werte klingen auf den ersten Blick meist verlockend. Es ist sogar nachvollziehbar, dass diese Bewegungen eine gewisse Attraktivität ausstrahlen können. Die angeheizte Dynamik kann das Gefühl vermitteln, sich für etwas ganz Grosses – für «das Gute» – einzusetzen. Deren Sympathisanten sei allerdings empfohlen, sich mal in Ruhe zu hinterfragen, warum gewisse Themen in so kurzer Zeit hochgejubelt und forciert werden, währenddem andere Organisationen, die nicht dem Mainstream entsprechen, pauschal schubladisiert oder totgeschwiegen werden.

Wäre es nicht viel wahrscheinlicher gewesen, dass die Kritik an der Merkel'schen Willkommenspolitik, die Europa seit 2015 den Import von Abermillionen «Partyszene-Anhängern» beschert hat, das weit grössere Potenzial besessen hätte, eine weitschichtige Protestbewegung entstehen zu lassen als der Mord an einem dunkelhäutigen Kriminellen, wie die Ikone der Black lives matter-Bewegung George Floyd einer war? Nur: Die Migrationskritiker werden mit miesen Methoden beschimpft und marginalisiert, während die anderen völlig undifferenziert hofiert werden. Oder die Friedensbewegung, die vor wenigen Jahren für Abrüstung und gegen militärische NATO-Aggression gegenüber Russland auf die Strasse ging: Warum wurden auch deren Anhänger konstant durch den Kakao gezogen?

Was macht den Unterschied?

Dass Gruppierungen wie Black lives matter, die oft nur als Sammelbegriff aufgebaut werden, unter dem ganz verschiedene Strömungen ihr Unwesen treiben, auf beträchtliche Finanzquellen zurückgreifen können, ist dabei nicht mehr als logisch. Es hat nichts mit der gerne als Kampfbegriff genutzten Keule der «Verschwörungstheorie» zu tun, wenn man erkennt, dass die Menge an zur Verfügung stehenden Ressourcen den Unterschied machen kann, ob ein Hype durch die Decke geht oder ein Anliegen vor sich hindümpelt. Dass in diesem Zusammenhang Organisationen wie die von George Soros finanzierte «Open Society Foundation» als Flächenbrand-Beschleuniger auftreten, weiss längst jeder, der recherchieren und eins und eins zusammenzählen kann.

«Prüfe und hinterfrage»

Wissen ist Macht. Zusammenhänge zu erkennen kann helfen, Themen richtig einzuordnen und infolgedessen korrekt zu handeln. Im Hinblick auf neu entstandene Massenbewegungen heisst das: Prüfe erst die Hintergründe und die Motive. Einer Bewegung, die sich dadurch auszeichnet, andere zu Feindbildern zu erklären, die den Menschen ein schlechtes Gewissen einredet und auch vor Gewalt nicht zurückschreckt,
kann sich ein gebildeter Mensch im Grunde doch nicht anschliessen, oder?

Die beste Losung gegen Zeitgeist und Destabilisierung bleibt dagegen unverändert aktuell: Stehen wir ein für die Familie, die Verbindung von Mann und Frau, seien wir stolz auf unsere Herkunft, auf den Nationalstaat und unsere Tugenden wie Fleiss, Treue, Staatsskepsis oder Loyalität. Genau diese Werte sind es nämlich, die unter Dauerbeschuss all derer stehen, die unter falscher Flagge vorgeben, die Welt zu verbessern. Erkennen wir die Agenda und bleiben wir wachsam.

Anian Liebrand